

Armutsgefährdung und Wohnsituation

Modul zur Wohnsituation in EU-SILC 2007

GEORG DATLER
MARGARETA MAHIDI

Eurostat hat 2003 in Verfolgung des Zieles der sozialen Eingliederung Erhebungen über das Einkommen und die Lebensbedingungen (EU-SILC) vorgeschlagen und bis 2007 auch weitgehend finanziert. Im Jahr 2007 widmete EU-SILC ein Modul der Wohnsituation, das erlaubt, Zusammenhänge zwischen den Wohnbedingungen und der Armutsgefährdung bestimmter Bevölkerungsgruppen herzustellen. Generell leben armutsgefährdete Personen häufiger in Mietwohnungen in größeren Mehrwohnungsbauten in Großstädten, in kleineren Städten und Gemeinden sind aber auch 8% der Haushalte mit Hauseigentum armutsgefährdet. 18% aller Personen leben in Haushalten mit Wohnkosten von mehr als einem Viertel des Haushaltseinkommens, besonders hoch sind diese Anteile bei Personen in „sonstigen Mietwohnungen“, bei Arbeitslosen und Ein-Eltern-Haushalten. Bei armutsgefährdeten Personen steigt dieser Anteil auf 64%.

Die durchschnittlich zur Verfügung stehende Nutzfläche pro Person liegt bei 36 m²; bei Armutsgefährdung sinkt sie auf 31 m². Personen ohne EU-/EFTA-Staatsbürgerschaft haben nur 19 m² zur Verfügung, bei Armutsgefährdung sogar nur 16 m². 57% der Armutsgefährdeten in den größeren Städten empfinden subjektiv Platzmangel in der Wohnung. In größeren Städten leben 14% der armutsgefährdeten Personen, aber nur 3% der nicht armutsgefährdeten Personen in Haushalten, denen es nicht möglich ist, die Wohnung im Winter ausreichend zu heizen. Benachteiligung kann sich auch in der Erreichbarkeit von Infrastruktureinrichtungen zeigen. Im ländlichen Raum bestehen insbesondere für armutsgefährdete Personen deutliche Schwierigkeiten, notwendige Infrastruktureinrichtungen zu erreichen.

Der Europäische Rat von Laeken verabschiedete 2001 ein Set von Indikatoren im Hinblick auf die soziale Eingliederung, für welche seit 2003 in Österreich jährlich die Erhebungen über Einkommen und Lebensbedingungen von Privathaushalten (Statistics on Income and Living Conditions - EU-SILC) durchgeführt werden. Die Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates der EU VO (EG) Nr. 1177/2003 ordnet sie in Form einer Stichprobenerhebung mit dem Ziel an, jährlich vergleichende Daten über die soziale Lage und die Einkommenssituation der Bevölkerung zu erhalten. Die Finanzierung erfolgte bis einschließlich 2007 vorwiegend durch Eurostat, unterstützt vom Sozialministerium, nunmehr von diesem allein. Seit 2005 umfasst EU-SILC auch ein jährlich wechselndes Modul sekundärer Zielvariablen. Das Modul von EU-SILC 2007 widmete sich der Wohnsituation der Bevölkerung.¹⁾

Zentraler Gegenstand von EU-SILC ist das Haushaltseinkommen, gewichtet nach der Anzahl und dem Alter der Haushaltsglieder.²⁾ Der Median des Netto-Äquivalenz-

einkommens lag 2007 bei 18.242 €. 60% dieses Betrags (**10.945 €**) stellen die **Armutsgefährdungsschwelle** dar, Haushalte mit einem Äquivalenzeinkommen unter dieser Schwelle gelten als armutsgefährdet.

Die **Wohnsituation** wird in Österreich üblicherweise in einer jährlichen Publikation auf Basis der Mikrozensus-Erhebungen beschrieben.³⁾ Die Stichprobe des Mikrozensus (MZ) ist mit rund 20.000 auskunftspflichtigen Haushalten pro Quartal etwa dreimal so groß wie die Stichprobe von EU-SILC. Im Jahr 2007 wurden für EU-SILC 6.806 Haushalte (16.684 Personen) erfolgreich befragt. Für allgemeine Fragestellungen zur Wohnsituation in Österreich und Auswertungen auf Bundesländerebene ist der Mikrozensus daher die verlässlichere Quelle. EU-SILC ist jedoch die einzige Datenbasis, die es erlaubt, die Wohnsituation auch im Zusammenhang mit Armutsgefährdung zu analysieren und bietet überdies internationale Vergleichbarkeit.⁴⁾

Die Chancen am Wohnungsmarkt werden vor allem durch die finanziellen Mittel eines Haushalts bestimmt. Informa-

¹⁾ Der Originalfragebogen findet sich auf der Homepage der STATISTIK AUSTRIA unter www.statistik.at > Fragebögen > Private Haushalte > EU-SILC.

²⁾ Definitionen finden sich gesammelt unter „Definitionen aus EU-SILC“ am Ende des Artikels. Vgl. auch die Gesamtpublikation „Einkommen, Armut und Lebensbedingungen - Ergebnisse aus EU-SILC 2007“, STATISTIK AUSTRIA (2009), S. 179-188.

³⁾ Aktuell: „Wohnen 2007“, STATISTIK AUSTRIA (2008).

⁴⁾ Zu einer genaueren Beschreibung der Stichprobenstruktur, des Stichprobenfehlers und der Stichprobengröße in den einzelnen Bundesländern vgl. die Publikation zu EU-SILC: „Einkommen, Armut und Lebensbedingungen - Ergebnisse aus EU-SILC 2007“, STATISTIK AUSTRIA (2009), S. 73-85.

tionen zu Wohnformen, zur Bauperiode sowie zur Nutzfläche der Wohnung werden in diesem Artikel verwendet, um die Wohnsituation von armutsgefährdeten Personen mit jener nicht armutsgefährdeter Personen zu vergleichen. Als Kernelemente der Wohnintegration wird hier besonders auf die Leistbarkeit, die Größe und Qualität der Wohnung eingegangen. Die Leistbarkeit wird anhand des Anteils der Wohnkosten am Haushaltseinkommen sowie der subjektiven Belastung durch diese Wohnkosten untersucht. Auch die Größe der Wohnung kann anhand objektiver Belagskriterien wie der pro Person zur Verfügung stehenden Nutzfläche sowie durch den im Modul verfügbaren, subjektiven Indikator „Platzmangel“ analysiert werden. Schließlich wurde in EU-SILC nach einer Vielzahl von Merkmalen der Wohnungsausstattung sowie nach Problemen in der Wohnung bzw. in der Wohnumgebung gefragt, die über die Wohnqualität Aufschluss geben.

Wohnformen und Armutsgefährdung

Von allen Personen in Privathaushalten leben laut EU-SILC 2007 58% in Ein- und Zweifamilienhäusern, 15% in kleineren Mehrwohnungsbauten und 27% in Geschoßwohnungsbauten mit zehn und mehr Wohnungen (Tabelle 1). Der höchste Anteil von Personen in Einfamilienhäusern lebt in den Kleingemeinden bis zu 10.000 Einwohnern und Einwohnerinnen, während in Wien und in den anderen größeren Städten (Graz, Linz, Salzburg und Innsbruck) die Mehrheit der Bevölkerung in größeren Mehrwohnungsbauten wohnt.

Personen mit Migrationshintergrund leben häufiger in Städten und gleichzeitig selten in Ein- und Zweifamilienhäusern. Auch Personen mit Matura oder Hochschulabschluss wohnen häufiger im städtischen Raum und damit seltener in Ein- und Zweifamilienhäusern. Zu den überdurchschnitt-

Personen nach soziodemographischen Merkmalen und Gebäudeart

Tabelle 1

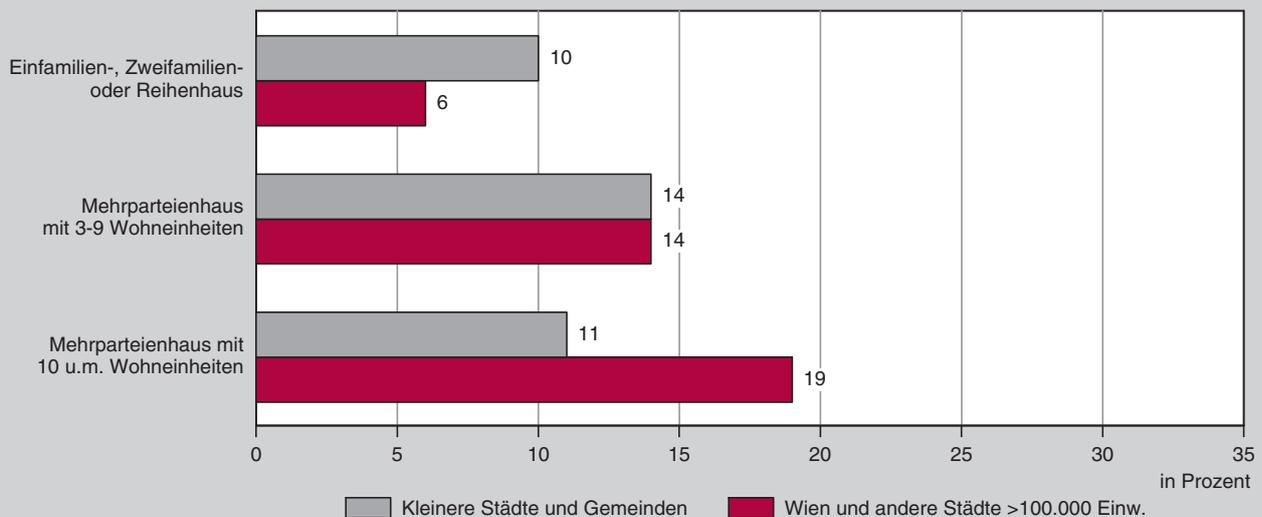


Soziodemographische Merkmale *)	Ins-gesamt (=100%)		Ein-familienhaus		Zweifamilien-oder Reihenhause		Mehrwohnungsbauten mit 3-9 Wohnungen		Mehrwohnungsbauten mit 10 und mehr Wohnungen		Anderes Gebäude ¹⁾ (z.B. Dienstwohnung)	
	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %
Personen insgesamt *)	8.214		3.671	45	1.084	13	1.192	15	2.196	27	71	1
Gemeindegrößenklasse nach Einwohnerzahl (EW)												
Wien	1.591		87	5	51	3	169	11	1.282	81	(1)	(0)
Gemeinden mit mehr als 100.000 EW	738		92	13	48	7	212	29	381	52	(5)	(1)
Gemeinden mit mehr als 10.000 EW	1.319		502	38	179	14	319	24	307	23	12	1
Gemeinden mit weniger als 10.000 EW	4.566		2.989	65	806	18	492	11	226	5	52	1
Staatsbürgerschaft												
Österreich	7.328		3.524	48	1.010	14	999	14	1.727	24	67	1
darunter eingebürgert (Nicht EU/EFTA)	255		32	13	10	4	40	16	169	66	(3)	(1)
Nicht Österreich	887		147	17	74	8	194	22	469	53	(4)	(0)
davon EU/EFTA	293		80	27	30	10	67	23	115	39	(3)	(1)
davon sonstiges Ausland	593		67	11	44	7	127	21	354	60	(1)	(0)
Höchster Bildungsabschluss ²⁾												
Maximal Pflichtschule	1.722		806	47	226	13	215	13	456	26	19	1
Lehre/mittlere Schule	3.307		1.577	48	466	14	459	14	778	24	26	1
Matura	1.151		461	40	118	10	194	17	369	32	(10)	(1)
Universität	643		225	35	71	11	109	17	238	37	(1)	(0)
Haushalte mit Kindern (ohne Pension)												
Zusammen	3.970		1.845	46	562	14	582	15	950	24	31	1
Ein-Eltern-Haushalte	338		72	21	34	10	90	27	142	42	(0)	(0)
Mehrpersonenhaushalte mit 1 Kind	1.382		630	46	170	12	207	15	369	27	(6)	(0)
Mehrpersonenhaushalte mit 2 Kindern	1.512		769	51	256	17	209	14	264	17	14	1
Mehrpersonenhaushalte mit 3 u.m. Kindern	737		374	51	102	14	76	10	174	24	11	2
Haupttätigkeit ²⁾												
Erwerbstätig	3.567		1.594	45	456	13	532	15	960	27	26	1
davon Vollzeit	2.876		1.276	44	362	13	423	15	791	28	24	1
davon Teilzeit	691		318	46	95	14	108	16	168	24	(2)	(0)
Pension	1.852		897	48	260	14	232	13	443	24	19	1
Arbeitslos	302		74	24	23	7	59	19	144	48	(3)	(1)
Haushalt	666		303	45	98	15	83	12	176	26	(6)	(1)
In Ausbildung	436		202	46	43	10	71	16	118	27	(2)	(1)
Armutsgefährdung												
Nicht armutsgefährdet	7.226		3.337	46	965	13	1.031	14	1.830	25	64	1
Armutsgefährdet	989		335	34	120	12	162	16	366	37	7	(1)

Q: EU-SILC 2007. - *) Personen in Privathaushalten. Bei allen Haushaltsmerkmalen beziehen sich die Werte immer auf die Zahl der Personen in Haushalten. - 1) „Andere Gebäude“ werden nicht primär für Wohnzwecke genutzt (Arbeitsstätten mit Dienstwohnungen, z.B. Schulwartwohnung im Schulgebäude). - 2) Nur Personen ab 16 Jahren. - Zahlen in Klammern beruhen auf geringen Fallzahlen: Sind in der Randverteilung weniger als 50 oder in der Zelle weniger als 20 Fälle vorhanden, wird geklamert. Zahlen mit einer Randverteilung von weniger als 20 werden nicht ausgewiesen.

Armutsgefährdungsquote nach Gebäudeart und Gemeindegröße

Grafik 1



Q: EU-SILC 2007. - Personen in Privathaushalten.

lich häufig in Geschosßwohnbauten lebenden Personen zählen auch alleinlebende Personen - Einpersonenhaushalte zählen zu den demographischen Kennzeichen der größeren Städte. Auch Ein-Eltern-Haushalte bzw. Haushalte mit weiblichen Hauptverdienenden leben häufiger in Städten und damit in Mehrwohnungsbauten.

Bei der Untergliederung nach der Haupttätigkeit fällt auf, dass keine Personengruppe so sehr vom Durchschnitt abweicht wie die Arbeitslosen. Der Zusammenhang mit Wohnformen deutet auf eine chronisch benachteiligte ökonomische Situation hin. Nur ein knappes Viertel aller Arbeitslosen lebt in Einfamilienhäusern und nahezu die Hälfte in großen Mehrwohnungsbauten.

EU-SILC zeigt, dass Armutsgefährdungsquoten je nach Wohnformen unterschiedlich sind. In kleineren Städten und Gemeinden besteht keine hohe Korrelation mit der Gebäudeart, während in Wien und den größeren Städten der Anteil der Armutsgefährdeten mit der Gebäudegröße deutlich ansteigt. Wer in einer größeren Stadt in einem Ein- oder Zweifamilienhaus lebt, ist nur in seltenen Fällen armutsgefährdet (Grafik 1).

Grafik 2 zeigt einen weiteren wichtigen Einflussfaktor, das Rechtsverhältnis: Etwa ein Viertel der Bewohner und Bewohnerinnen von Gemeindewohnungen sind in den größeren Städten armutsgefährdet. Der erhöhte Anteil von Personen mit niedrigen Einkommen weist einerseits auf die Treffsicherheit des sozialen Wohnbaus hin, zeigt aber gleichzeitig auch eine erhebliche soziale Durchmischung in den Gemeindebauten, da 75% der Mieter und Mieterinnen nicht armutsgefährdet sind.

Stärker von Armutsgefährdung und von unsicherer Wohnsituation bedroht sind Personen in befristeten Mietverhältnissen in den größeren Städten mit einer Armutsgefährdungsquote von 31%.⁵⁾ Auch von den Personen, die keinen Wohnungsaufwand (höchstens Betriebskosten; „mietfrei“) zu tragen haben, sind zwischen 20% und 23% armutsgefährdet.

Wohnkostenbelastung

Die Belastung durch Wohnkosten kann einerseits durch den Anteil der Wohnkosten am gesamten Haushaltseinkommen abgebildet werden. Wenn die Wohnkosten ein Viertel des Einkommens eines Haushalts übersteigen, so eine auch international gebräuchliche Definition, wird von einer starken Wohnkostenbelastung gesprochen.⁶⁾ Andererseits steht in EU-SILC die direkte Frage nach der subjektiv wahrgenommenen Belastung eines Haushalts durch Wohnkosten zur Verfügung. Objektive Befunde können daher mit Befunden zur subjektiven Wahrnehmung der Wohnkostenbelastung kontrastiert werden (Tabelle 2).

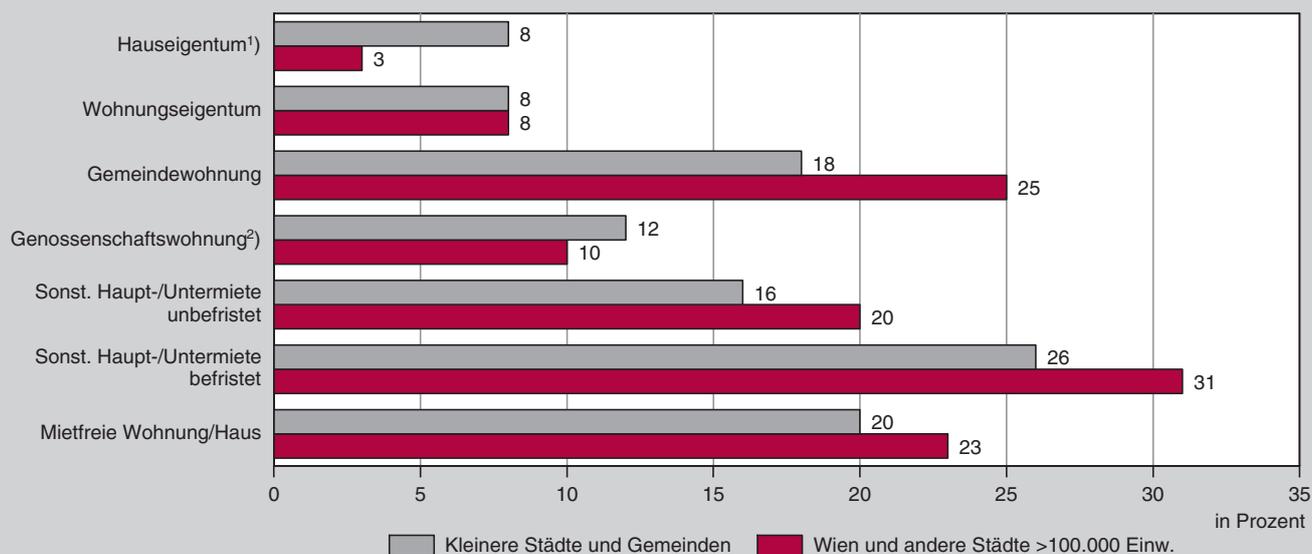
Insgesamt leben 18% der Personen in Haushalten, deren Wohnkosten über einem Viertel des Haushaltseinkommens liegen und 13% in Haushalten, die die Wohnkosten als starke Belastung empfinden. 61% der Personen gehören Haushalten an, die eine „gewisse Belastung“ durch die Wohnkosten wahrnehmen.

⁵⁾ Bezüglich der Anteile der befristeten Hauptmieten siehe „Wohnen 2007“ S. 32 und die Tabellen 35 und 36.

⁶⁾ Vgl. Thalmann, Ph. (1999). „Identifying which need housing assistance“. Urban Studies, 36, 11, S. 1933-1947.

Armutsgefährdungsquote nach Rechtsverhältnis an der Wohnung und Gemeindegröße

Grafik 2



Q: EU-SILC 2007. - Personen in Privathaushalten. - 1) Der Wert für Hauseigentum für Wien und andere größere Städte unterliegt aufgrund der geringen Fallzahl stärkeren Zufallsschwankungen. - 2) Inkl. Mietwohnungen gemeinnütziger Bauvereinigungen.

Wohnkostenanteil am Äquivalenzeinkommen und subjektive Belastung nach soziodemographischen Merkmalen

Tabelle 2 (Teil 1)



Soziodemographische Merkmale *)	Ins-gesamt (=100%) in 1.000	Keine Belastung		Gewisse Belastung		Starke Belastung		Wohnkosten-anteil >25%		Wohnkosten ¹⁾	
		in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	Arithm. Mittel in EUR	Anteil in %
Personen insgesamt *)	8.214	2.115	26	5.036	61	1.064	13	1.514	18	3.010	18
Gemeindegrößenklasse nach Einwohnerzahl (EW)											
Wien	1.591	585	37	769	48	236	15	514	32	3.863	23
Gemeinden mit mehr als 100.000 EW	738	245	33	384	52	109	15	222	30	3.545	22
Gemeinden mit mehr als 10.000 EW	1.319	289	22	864	66	166	13	268	20	3.127	18
Gemeinden mit weniger als 10.000 EW	4.566	995	22	3.018	66	553	12	510	11	2.575	15
Staatsbürgerschaft											
Österreich	7.328	1.940	26	4.493	61	895	12	1.214	17	2.959	17
dar. eingebürgert (Nicht EU/EFTA)	255	40	16	145	57	70	27	70	28	2.932	21
Nicht Österreich	887	175	20	543	61	169	19	301	34	3.414	24
davon EU/EFTA	293	65	22	190	65	39	13	105	36	4.268	23
davon sonstiges Ausland	593	110	19	353	60	130	22	195	33	2.993	24
Höchster Bildungsabschluss²⁾											
Maximal Pflichtschule	1.722	381	22	1.031	60	311	18	338	20	2.618	19
Lehre/mittlere Schule	3.307	873	26	2.056	62	378	11	517	16	2.916	17
Matura	1.151	349	30	691	60	111	10	233	20	3.430	18
Universität	643	254	39	348	54	42	6	125	19	4.114	18
Haushalte mit Kindern (ohne Pension)											
Zusammen	3.970	768	19	2.615	66	586	15	690	17	2.719	17
Ein-Eltern-Haushalte	338	57	17	185	55	96	28	196	58	3.720	31
Mehrpersonenhaushalte mit 1 Kind	1.382	316	23	888	64	177	13	162	12	2.868	16
Mehrpersonenhaushalte mit 2 Kindern	1.512	270	18	1.034	68	209	14	209	14	2.542	16
Mehrpersonenhaushalte mit 3 u.m. Kindern	737	125	17	508	69	104	14	123	17	2.345	17
Rechtsverhältnis an der Wohnung											
Hauseigentum	4.032	823	20	2.781	69	427	11	278	7	2.405	13
Wohnungseigentum	832	292	35	437	52	104	12	78	9	2.827	15
Gemeindewohnung	527	163	31	233	44	131	25	201	38	3.382	25
Genossenschaftswohnung ³⁾	993	285	29	596	60	112	11	322	32	3.829	24
Sonstige Haupt-/Untermiete	1.361	347	25	765	56	249	18	599	44	4.283	27
Mietfreie Wohnung/Haus	469	205	44	223	48	41	9	37	8	2.267	17

Q: EU-SILC 2007. - *) Personen in Privathaushalten. Bei allen Haushalts- und Wohnungsmerkmalen beziehen sich die Werte immer auf die Zahl der Personen in Haushalten. - 1) Äquivalisierte jährliche Wohnkosten - 2) Nur Personen ab 16 Jahren. - 3) Inkl. Mietwohnungen gemeinnütziger Bauvereinigungen.

Wohnkostenanteil am Äquivalenzeinkommen und subjektive Belastung nach soziodemographischen Merkmalen

Tabelle 2 (Teil 2)



Soziodemographische Merkmale *)	Insgesamt (=100%)	Keine Belastung		Gewisse Belastung		Starke Belastung		Wohnkostenanteil >25%		Wohnkosten ¹⁾	
		in 1.000	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	Arithm. Mittel in EUR
Haupttätigkeit ²⁾											
Erwerbstätig	3.567	987	28	2.236	63	345	10	520	15	3.161	17
davon Vollzeit	2.876	827	29	1.788	62	261	9	398	14	3.191	16
davon Teilzeit	691	161	23	448	65	83	12	122	18	3.034	18
Pension	1.852	580	31	1.046	56	226	12	334	18	3.041	18
Arbeitslos	302	44	15	159	53	99	33	115	38	3.016	25
Haushalt	666	149	22	410	62	107	16	157	24	2.709	20
In Ausbildung	436	97	22	275	63	64	15	87	20	2.664	18
Haupteinkommensquelle											
Unselbständige Arbeit	5.016	1.254	25	3.232	64	529	11	711	14	2.988	16
Selbständige Arbeit	620	189	31	395	64	36	6	109	18	3.199	17
Sozialleistungen	740	92	12	392	53	256	35	341	46	2.840	29
Pensionen	1.741	558	32	957	55	226	13	320	18	3.052	18
Private Einkommen	98	22	22	60	61	17	17	33	34	3.558	27

Q: EU-SILC 2007. - *) Personen in Privathaushalten. Bei allen Haushalts- und Wohnungsmerkmalen beziehen sich die Werte immer auf die Zahl der Personen in Haushalten. - 1) Äquivalisierte jährliche Wohnkosten - 2) Nur Personen ab 16 Jahren. - 3) Inkl. Mietwohnungen gemeinnütziger Bauvereinigungen.

Die objektive Wohnkostenbelastung zeigt deutliche **regionale Unterschiede**: Im urbanen Raum ist sie deutlich höher als im ländlichen Kontext. Während in Wien 32% und in den größeren Städten (mehr als 100.000 Einw.) 30% einen Wohnkostenanteil von mehr als einem Viertel haben, ist in Gemeinden mit 10.000 bis 100.000 Einw. ein Fünftel und in Gemeinden mit weniger als 10.000 Einw. nur etwa ein Zehntel stark durch Wohnkosten belastet. Die subjektiv wahrgenommene, starke Belastung durch Wohnkosten ist zwar in Wien und den anderen größeren Städten (je 15%) um 2 bzw. 3 Prozentpunkte höher als in kleineren Städten und Gemeinden, zeigt aber im Vergleich zum objektiven Indikator weniger deutliche regionale Unterschiede.

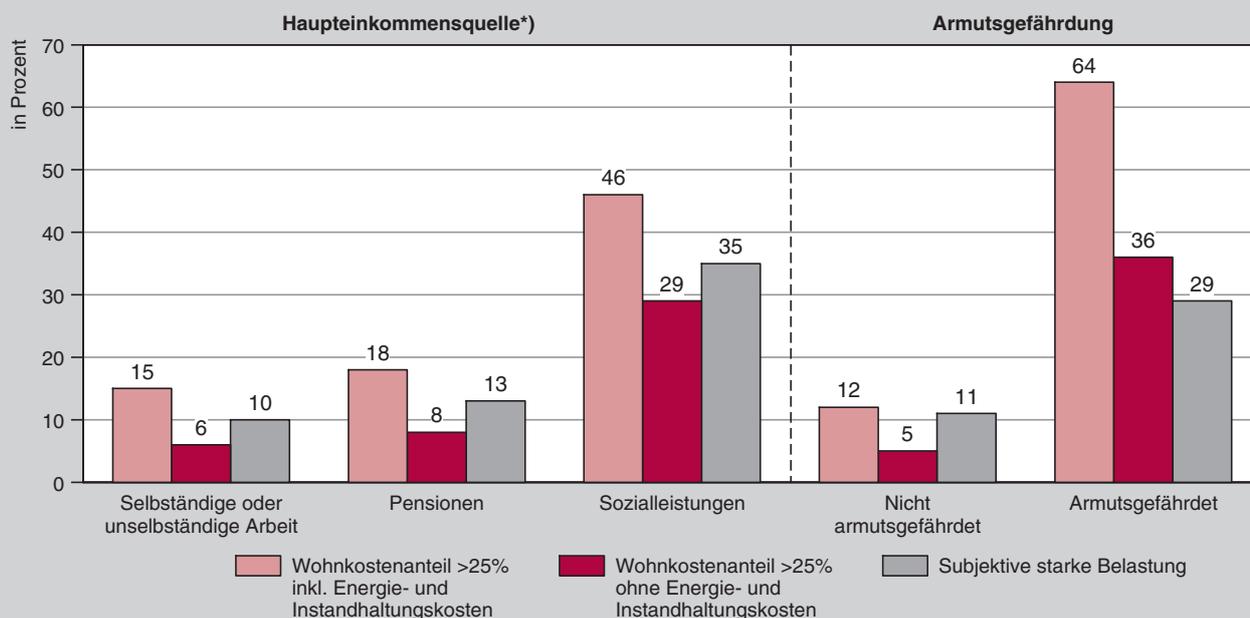
Personen mit **Migrationshintergrund**, die häufiger in Städten und dort insbesondere in Mietwohnungen leben, sind durch Wohnkosten überdurchschnittlich häufig stark belastet. 34% der Personen ohne österreichische Staatsbürgerschaft müssen mehr als ein Viertel ihres Einkommens für Wohnkosten aufwenden. Unter Eingebürgerten sind 28% von hohen Wohnkostenanteilen betroffen. Differenziert man innerhalb der ausländischen Wohnbevölkerung nach Staatsbürgerschaft, so zeigen sich sowohl für Personen aus dem EU-/EFTA-Raum (36%) als auch für Personen aus dem sonstigen Ausland (34%) überdurchschnittlich hohe Anteile mit starker Wohnkostenbelastung. Greift man hingegen auf den subjektiven Indikator zurück, so werden unter den Personen aus EU-/EFTA-Staaten mit 13% deutlich geringere Anteile identifiziert, die ihre Wohnkosten als starke Belastung empfinden, als unter den Staatsangehörigen anderer Länder (22%).

Die **Diskrepanzen zwischen objektiven und subjektiven Indikatoren** zeigen zum einen, dass das Empfinden finan-

zieller Belastung zum Teil vom Vergleichskontext abhängt: Im urbanen Raum sind relativ hohe Wohnkosten zum Alltag geworden, daher weist der objektive Indikator hier deutlich höhere Anteilswerte aus als der subjektive. Zum anderen ist die tatsächliche Belastung durch Wohnkosten, die über ein Viertel des Einkommens betragen, von der Höhe des Einkommens selbst - und damit der absoluten Höhe des Restbetrags, der nach Abzug der Wohnkosten noch zur Verfügung steht - abhängig: Personen aus EU-/EFTA-Staaten, deren Einkommen im Durchschnitt über jenem anderer Ausländer und Ausländerinnen liegt, sehen sich bei ähnlich hoher objektiver Wohnkostenbelastung selbst deutlich weniger durch Wohnkosten belastet.

Dieser Effekt zeigt sich auch in einem Vergleich der Bildungsschichten. Während ein Wohnkostenanteil von über einem Viertel für jede fünfte Person mit maximal Pflichtschulabschluss (20%) und für jede fünfte Person mit universitärer Bildung (19%) zutrifft, fühlen sich Personen mit maximal Pflichtschulabschluss (18%) dreimal so häufig durch Wohnkosten belastet wie Personen mit Universitätsabschluss (6%). Bei hohem Einkommen steht - selbst bei einem hohen relativen Anteil der Wohnkosten - absolut betrachtet trotzdem mehr Einkommen für andere Konsumbedürfnisse zur Verfügung.

Der Zusammenhang von Wohnkostenbelastung und sozioökonomischer Situation wird auch darin deutlich, dass 38% der zum Zeitpunkt der Befragung arbeitslosen Personen und 50% der bereits mindestens zwölf Monate Arbeitslosen (vgl. Publikation „EU-SILC 2007“) mit Wohnkosten von mehr als einem Viertel ihres Einkommens konfrontiert waren, und diese Tatsache auch von 33% bzw. 40% subjektiv als starke Belastung empfunden wurde.



Q: EU-SILC 2007. - Personen in Privathaushalten. - *) Aufgrund der geringen Fallzahl nicht angeführt sind Personen in Haushalten mit hauptsächlich privaten Einkommen.

Für einkommensschwache Haushaltsgruppen bleibt eine erhebliche Belastung durch die Wohnkosten auch dann bestehen, wenn man diese um **Energie- und Instandhaltungskosten bereinigt**.⁷⁾ Im Rahmen der noch umzusetzenden Mindestsicherung ist vorgesehen, dass ein Viertel der Grundversicherung für die Wohnkostenabdeckung reserviert ist. Wie *Grafik 3* zeigt, könnte eine darüber hinausgehende Unterstützung durch die Länder und/oder Gemeinden, die auch erwogen wird, notwendig sein. Von den armutsgefährdeten Personen oder den hauptsächlich auf Sozialleistungen Angewiesenen sind selbst ohne Energie- und Instandhaltungskosten noch relativ viele Haushalte von den Wohnkosten stärker belastet als angemessen.

Grafik 3 zeigt die überdurchschnittliche Wohnkostenbelastung von **Armutsgefährdeten** und von Personen in privaten Haushalten, die ihr Einkommen hauptsächlich aus **Sozialleistungen** beziehen. Ist die Haupteinkommensquelle im Haushalt selbständige oder unselbständige Arbeit, so haben 15% dieser Menschen einen Wohnkostenanteil von mehr als 25%. Personen mit der Haupteinkommensquelle „Pension“ haben eine etwas stärkere Wohnkostenbelastung. Besonders stark ausgeprägt ist sie aber bei Personen, die von Sozialleistungen abhängig sind. 46% dieser Personengruppe haben eine überdurchschnittliche Belastung,

ohne Energie- bzw. Instandhaltungskosten noch 29%. 35% sind nach Selbsteinschätzung durch die Wohnkosten „stark belastet“.

64% der armutsgefährdeten Personen haben einen Anteil der Wohnkosten von mehr als einem Viertel am Haushaltseinkommen; selbst ohne Energie- bzw. Instandhaltungskosten verbleiben noch 36% in dieser hoch belasteten Gruppe. 29% der Armutsgefährdeten empfinden die Wohnkosten auch als hohe Belastung.

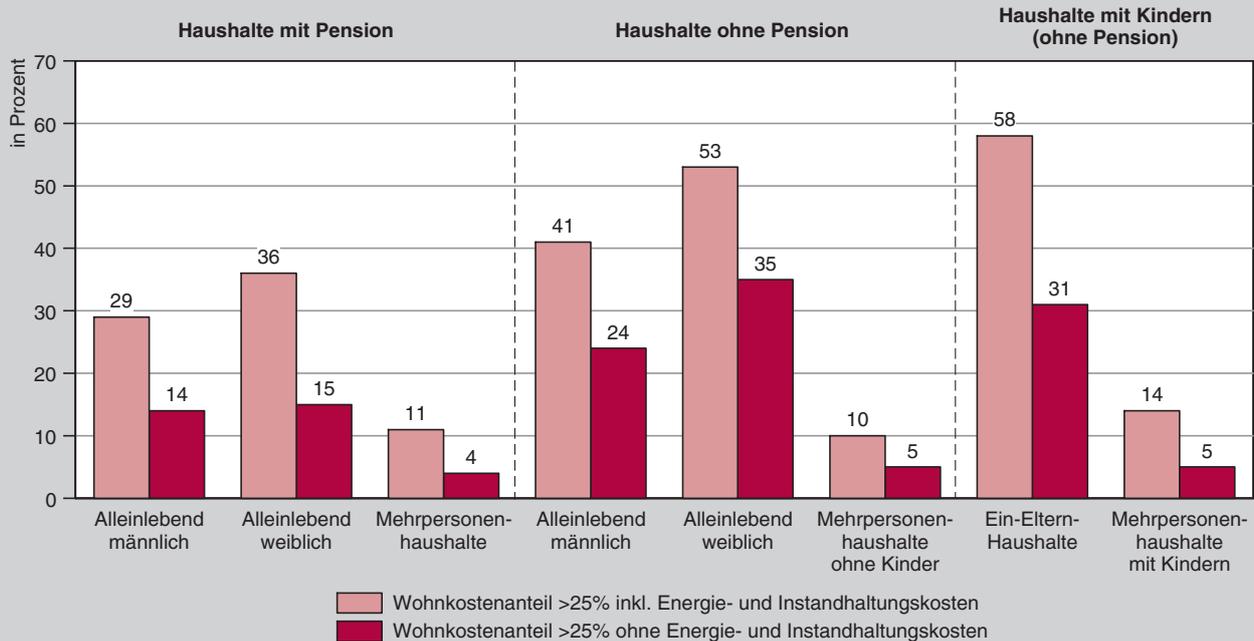
Nach dem **Haushaltstyp** kommen die Einkommensunterschiede zwischen alleinlebenden Männern und **Frauen** zum Vorschein. Alleinlebende Frauen ohne Pension gehören zu den am stärksten belasteten Gruppen: 53% haben Wohnkosten von mehr als einem Viertel ihres Einkommens; auch ohne Energie- und Instandhaltungskosten haben noch 35% erhöhte Wohnkosten. Von den alleinlebenden Frauen mit Pension haben 36% Wohnkosten von mehr als einem Viertel ihres Einkommens (*Grafik 4*).

Zu den am stärksten durch Wohnkosten belasteten Gruppen zählen **Ein-Eltern-Haushalte**, d.h. Haushalte mit nur einer erwachsenen Person und abhängigen Kindern oder jungen Erwachsenen. 58% der Personen, die in Ein-Eltern-Haushalten leben, haben einen Wohnkostenanteil von mehr als einem Viertel. Selbst ohne Energie- bzw. Instandhaltungskosten verbleiben 31% in dieser stark belasteten Gruppe.

⁷⁾ Energie- und Instandhaltungskosten wurden aus der Konsumerhebung 2004/2005 geschätzt.

Wohnkostenbelastung nach Haushaltstyp

Grafik 4



Q: EU-SILC 2007. - Personen in Privathaushalten.

Wohnungsgröße

Nutzfläche und Zahl der Wohnräume

Die Wohnungen armutsgefährdeter Personen sind durchschnittlich um 25 m² kleiner als die Wohnungen nicht armutsgefährdeter Personen (*Tabellen 3*).⁸⁾ Nach demographischen Merkmalen ist der Unterschied besonders stark bei Kindern und Jugendlichen: Die Anpassung der Wohnung an die Haushaltsgröße gelingt bei armutsgefährdeten Familien bei weitem schlechter, sodass diese Kinder und Jugendlichen in Wohnungen leben, die im Schnitt um fast 40 m² kleiner sind als die von nicht Armutsgefährdeten. Auch Mehrpersonenhaushalte ohne Kinder haben bei Armutsgefährdung um 36 m² weniger **Wohnfläche** zur Verfügung (ohne tabellarischen Nachweis).

Auch die durchschnittliche **Wohnraumanzahl** bei Mehrpersonenhaushalten mit einem Kind differiert zwischen armuts-

gefährdeten und nicht armutsgefährdeten Personen um durchschnittlich 1,5 Wohnräume, bei Haushalten mit zwei oder mehr Kindern durchschnittlich um etwa einen Wohnraum.

Die Größe der Wohnung bzw. die Anzahl der Wohnräume spiegelt in der Regel unterschiedliche Haushaltskonstellationen wider. Aussagekräftig für die personenbezogene Statistik ist die Nutzfläche pro Person, die einen Median von 36 m² ausweist (*Tabelle 4*).⁹⁾ Für armutsgefährdete Personen beträgt der Median hingegen nur 31 m² verfügbare Wohnfläche pro Person.

Unabhängig vom Einkommen gilt, dass Personen mit österreichischer Staatsbürgerschaft doppelt so viel Wohnraum zur Verfügung steht wie Personen ohne EU-/EFTA-Staatsbürgerschaft. Ohne Armutsgefährdung liegt die mittlere Nutzfläche bei dieser Personengruppe bei 19 m² pro Person, bei Armutsgefährdeten lediglich bei 16 m².

Überbelag und empfundener Platzmangel

Bei der Vergabe von Wiener Gemeindewohnungen wird ein **Überbelagskriterium** auf Basis der Wohnnutzfläche, der

⁸⁾ Die durchschnittliche Nutzfläche der österreichischen Wohnungen liegt laut Mikrozensus bei 98,2m² („Wohnen 2007“: S. 34). Wegen der ungleich kleineren Stichprobe von SILC ist der Median von 100 m² bzw. das arithmetische Mittel von 111,4m² für generelle Aussagen nicht heranzuziehen. Die Angabe von Konfidenzintervallen ist bei der komplexen Stichprobe SILC methodisch noch nicht voll ausgereift. Die internationale Vergleichbarkeit verlangt hierfür auch abgestimmtes Vorgehen. - Die wesentlichen Aussagen von SILC betreffen den Vergleich zwischen armuts- und nicht armutsgefährdeten Personen. - Zur Beschreibung wird in diesem Artikel die allgemeine Situation verlässlicher beschreibende Median verwendet.

⁹⁾ Das stärker von Einzelfällen beeinflusste arithmetische Mittel liegt bei 43 m². Auch der MZ weist für das Jahr 2007 als arithmetisches Mittel eine Wohnfläche pro Person von 42,3 m² aus. vgl. „Wohnen 2007“ S. 36.

Wohnnutzfläche und Zahl der Wohnräume nach Armutsgefährdung und soziodemographischen Merkmalen

Tabelle 3



Soziodemographische Merkmale *)	Insgesamt				Nicht armutsgefährdet				Armutsgefährdet			
	in 1.000	Wohnnutzfläche in m ²		Wohnräume	in 1.000	Wohnnutzfläche in m ²		Wohnräume	in 1.000	Wohnnutzfläche in m ²		Wohnräume
		Me-dian	Arithm. Mittel	Arithm. Mittel		Me-dian	Arithm. Mittel	Arithm. Mittel		Me-dian	Arithm. Mittel	Arithm. Mittel
Personen insgesamt *)	8.214	100	111	4,2	7.226	100	115	4,3	989	75	88	3,3
Alter und Geschlecht												
Männer zusammen	4.008	100	113	4,2	3.584	105	116	4,3	424	80	89	3,3
Bis 19 Jahre	938	110	120	4,5	807	120	124	4,7	131	80	95	3,6
20 bis 39 Jahre	1.060	95	109	4,1	958	99	112	4,2	102	65	83	3,0
40 bis 64 Jahre	1.448	104	113	4,2	1.311	110	116	4,3	137	75	85	3,3
65 Jahre und älter	563	99	108	4,0	509	100	110	4,1	54	85	96	3,4
Frauen zusammen	4.206	100	110	4,1	3.641	100	114	4,3	565	75	87	3,3
Bis 19 Jahre	872	110	120	4,5	747	120	123	4,7	125	82	99	3,8
20 bis 39 Jahre	1.091	92	108	4,0	934	97	112	4,2	157	71	85	3,1
40 bis 64 Jahre	1.452	100	112	4,2	1.310	105	115	4,3	141	80	88	3,3
65 Jahre und älter	791	86	98	3,8	650	90	103	3,9	141	70	77	3,0
Gemeindegrößenklasse nach Einwohnerzahl (EW)												
Wien	1.591	74	79	2,9	1.314	76	82	3,0	276	60	64	2,3
Gemeinden mit mehr als 100.000 EW	738	78	83	3,3	639	80	86	3,4	99	59	64	2,7
Gemeinden mit mehr als 10.000 EW	1.319	93	105	4,0	1.185	95	107	4,1	134	76	84	3,3
Gemeinden mit weniger als 10.000 EW	4.566	120	129	4,8	4.087	125	132	4,9	479	98	107	4,0
Staatsbürgerschaft												
Österreich	7.328	103	115	4,3	6.548	110	118	4,4	779	80	92	3,5
dar. eingebürgert (Nicht EU/EFTA)	255	70	77	3,1	198	73	81	3,2	57	59	63	2,5
Nicht Österreich	887	74	83	3,2	678	78	87	3,3	209	60	70	2,6
davon EU/EFTA	293	85	95	3,4	249	85	97	3,6	45	65	79	2,8
davon sonstiges Ausland	593	70	77	3,0	429	74	81	3,2	165	60	68	2,5
Höchster Bildungsabschluss ¹⁾												
Maximal Pflichtschule	1.722	89	101	3,9	1.384	94	107	4,2	338	70	80	3,1
Lehre/mittlere Schule	3.307	100	111	4,2	3.010	100	113	4,3	297	80	90	3,4
Matura	1.151	100	115	4,2	1.041	110	118	4,3	110	75	89	3,2
Universität	643	100	115	4,1	607	103	117	4,1	36	70	81	3,1
Haushalte mit Kindern (ohne Pension)												
Zusammen	3.970	114	122	4,6	3.475	120	126	4,7	495	81	97	3,7
Ein-Eltern-Haushalte	338	80	89	3,5	230	84	95	3,7	108	70	76	3,2
Mehrpersonenhaushalte mit 1 Kind	1.382	105	118	4,4	1.274	110	120	4,5	107	75	91	3,0
Mehrpersonenhaushalte mit 2 Kindern	1.512	120	126	4,8	1.372	120	129	4,9	141	87	95	3,8
Mehrpersonenhaushalte mit 3 u.m. Kindern	737	130	138	5,2	599	130	142	5,3	138	98	121	4,5

Q: EU-SILC 2007. - *) Personen in Privathaushalten. Bei allen Haushaltsmerkmalen beziehen sich die Werte immer auf die Zahl der Personen in Haushalten. - 1) Nur Personen ab 16 Jahren.

Wohnnutzfläche pro Person nach Armutsgefährdung und soziodemographischen Merkmalen

Tabelle 4



Soziodemographische Merkmale *)	Insgesamt			Nicht armutsgefährdet			Armutsgefährdet		
	in 1.000	Wohnnutzfläche in m ² pro Person		in 1.000	Wohnnutzfläche in m ² pro Person		in 1.000	Wohnnutzfläche in m ² pro Person	
		Median	Arithm. Mittel		Median	Arithm. Mittel		Median	Arithm. Mittel
Personen insgesamt *)	8.214	36	43	7.226	37	43	989	31	39
Gemeindegrößenklasse nach Einwohnerzahl (EW)									
Wien	1.591	30	38	1.314	32	40	276	21	31
Gemeinden mit mehr als 100.000 EW	738	30	37	639	30	37	99	30	35
Gemeinden mit mehr als 10.000 EW	1.319	37	43	1.185	37	44	134	31	40
Gemeinden mit weniger als 10.000 EW	4.566	38	45	4.087	38	45	479	35	45
Staatsbürgerschaft									
Österreich	7.328	38	45	6.548	38	45	779	35	43
dar. eingebürgert (Nicht EU/EFTA)	255	23	28	198	24	30	57	22	23
Nicht Österreich	887	21	28	678	23	29	209	18	24
davon EU/EFTA	293	30	39	249	32	40	45	24	36
davon sonstiges Ausland	593	19	23	429	19	23	165	16	21
Höchster Bildungsabschluss ¹⁾									
Maximal Pflichtschule	1.722	35	41	1.384	35	41	338	35	43
Lehre/mittlere Schule	3.307	40	46	3.010	40	46	297	37	44
Matura	1.151	40	47	1.041	40	48	110	32	43
Universität	643	42	51	607	43	51	36	32	40
Haushalte mit Kindern (ohne Pension)									
Zusammen	3.970	28	31	3.475	29	31	495	22	25
Ein-Eltern-Haushalte	338	32	35	230	35	38	108	27	29
Mehrpersonenhaushalte mit 1 Kind	1.382	30	34	1.274	32	35	107	23	29
Mehrpersonenhaushalte mit 2 Kindern	1.512	28	29	1.372	29	30	141	22	23
Mehrpersonenhaushalte mit 3 u.m. Kindern	737	23	25	599	24	25	138	20	21

Q: EU-SILC 2007. - *) Personen in Privathaushalten. Bei allen Haushaltsmerkmalen beziehen sich die Werte immer auf die Zahl der Personen in Haushalten. - 1) Nur Personen ab 16 Jahren.

Überbelag und subjektiver Platzmangel in Mehrpersonenhaushalten nach Armutsgefährdung und soziodemographischen Merkmalen

Tabelle 5



Soziodemographische Merkmale *)	Insgesamt					Nicht armutsgefährdet					Armutsgefährdet				
	in 1.000	Überbelag		Platzmangel		in 1.000	Überbelag		Platzmangel		in 1.000	Überbelag		Platzmangel	
		in 1.000	in %	in 1.000	in %		in 1.000	in %	in 1.000	in %		in 1.000	in %	in 1.000	in %
Personen insgesamt)	6.974	606	9	1.394	20	6.239	405	7	1.150	18	735	201	27	244	33
Gemeindegroßenklasse nach Einwohnerzahl (EW)															
Wien	1.194	274	23	415	35	991	160	16	292	29	203	115	57	123	61
Gemeinden mit mehr als 100.000 EW	593	106	18	183	31	524	85	16	151	29	69	21	31	33	47
Gemeinden mit mehr als 10.000 EW	1.100	81	7	239	22	1.001	56	6	203	20	99	26	26	36	36
Gemeinden mit weniger als 10.000 EW	4.088	144	4	557	14	3.724	105	3	505	14	364	40	11	52	14
Staatsbürgerschaft															
Österreich	6.172	327	5	1.035	17	5.627	235	4	904	16	545	91	17	132	24
dar. eingebürgert (Nicht EU/EFTA)	228	69	30	98	43	179	42	23	67	37	49	27	55	31	63
Nicht Österreich	802	279	35	359	45	612	169	28	247	40	190	110	58	112	59
davon EU/EFTA	242	32	13	78	32	208	17	8	64	31	34	15	45	14	41
davon sonstiges Ausland	560	247	44	281	50	404	153	38	183	45	156	95	61	98	63
Höchster Bildungsabschluss)															
Maximal Pflichtschule	1.412	197	14	323	23	1.188	126	11	242	20	223	71	32	81	36
Lehre/mittlere Schule	2.734	136	5	408	15	2.529	105	4	362	14	205	32	15	46	23
Matura	925	64	7	167	18	852	42	5	143	17	73	22	30	24	33
Universität	513	30	6	100	20	487	19	4	88	18	27	(10)	(38)	(11)	(43)
Haushalte mit Kindern															
Zusammen	4.041	499	12	1.048	26	3.525	326	9	852	24	515	173	34	197	38
Mehrpersonenhaushalte mit 1 Kind	1.765	218	12	424	24	1.540	155	10	333	22	225	62	28	91	40
Mehrpersonenhaushalte mit 2 Kindern	1.535	111	7	380	25	1.384	67	5	321	23	151	44	29	59	39
Mehrpersonenhaushalte mit 3 u.m. Kindern	741	170	23	245	33	601	104	17	198	33	140	66	48	47	33
Rechtsverhältnis an der Wohnung															
Hauseigentum	3.763	60	2	391	10	3.506	43	1	366	10	257	17	7	25	10
Wohnungseigentum	662	71	11	156	24	612	58	10	135	22	50	(13)	(26)	21	43
Gemeindewohnung	407	99	24	147	36	317	59	19	92	29	90	40	44	56	62
Genossenschaftswohnung ²⁾	771	95	12	252	33	698	73	11	228	33	72	22	30	25	35
Sonstige Haupt-/Untermiete	1.044	249	24	393	38	829	147	18	286	35	215	102	47	108	50
Mietfreie Wohnung/Haus	328	31	10	54	16	277	24	9	45	16	51	8	15	(9)	(17)

Q: EU-SILC 2007. - *) Personen in Mehrpersonenhaushalten. Bei allen Haushalts- und Wohnungsmerkmalen beziehen sich die Werte immer auf die Zahl der Personen in Haushalten. - 1) Nur Personen ab 16 Jahren. - 2) Inkl. Mietwohnungen gemeinnütziger Bauvereinigungen. - Zahlen in Klammern beruhen auf geringen Fallzahlen: Sind in der Randverteilung weniger als 50 oder in der Zelle weniger als 20 Fälle vorhanden, wird geklamert. Zahlen mit einer Randverteilung von weniger als 20 werden nicht ausgewiesen.

Zahl der Wohnräume und der Personenanzahl in der Wohnung berücksichtigt. Ein ähnliches Merkmal kann in EU-SILC auf Basis der Angaben der Befragten berechnet werden.¹⁰⁾ Demnach leben in Österreich rund 606.000 Menschen oder 9% aller Personen in Mehrpersonenhaushalten in einer überbelegten Wohnsituation (Tabelle 5).

Grafik 5 weist für Personen in Mehrpersonenhaushalten die Überbelagsquote nach Armutsgefährdung aus. Weil Raum in Großstädten knapp und teurer ist, tritt hier Überbelag deutlich gehäuft auf. In größeren Städten sind 16% der nicht armutsgefährdeten Personen und die Hälfte der Armutsgefährdeten betroffen. In der Erhebung 2007 wurde auch die Frage „Haben Sie in Ihrer Wohnung zu wenig Platz?“ gestellt. Auch dieses Merkmal des subjektiven Platzmangels steht in engem Zusammenhang mit der Gemeindegroße, im Vergleich mit dem objektiven Belagskriterium werden subjektive Platzprobleme aber etwas häufiger genannt.

¹⁰⁾ Zur genauen Definition von „Überbelag“ vgl. „Definitionen aus EU-SILC“ am Ende des Artikels.

Besonders prekär stellt sich die Belagssituation bei Personen ohne EU-/EFTA-Staatsbürgerschaft dar. Insgesamt 44% (247.000 Menschen) leben in einer überbelegten Wohnung. Unter armutsgefährdeten Menschen ohne EU-/EFTA-Staatsbürgerschaft sind 61% bzw. knapp 100.000 Menschen von Überbelag betroffen.

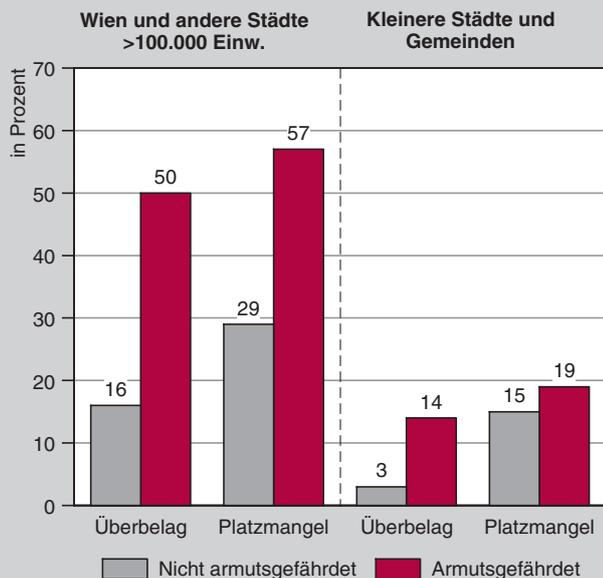
In Haushalten mit Kindern tritt Überbelag häufiger auf, besonders bei einem geringen Haushaltseinkommen. Selbst wenn keine Kinder im Haushalte leben, sind 13% der Armutsgefährdeten von Überbelag betroffen. Bei Armutsgefährdeten mit drei oder mehr Kindern lebt bereits nahezu die Hälfte in überbelegten Wohnungen (Grafik 6).

Wohnungsqualität

Da die Differenzierung der Wohnsituation nach Ausstattungskategorien in Österreich an Bedeutung verliert, werden neben den Grundmerkmalen der Wohnungsausstattung wie WC oder Bad auch Merkmale des gehobenen Wohnungsstandards berücksichtigt (Tabelle 6).

Überbelag und empfundener Platzmangel (Mehrpersonenhaushalte)

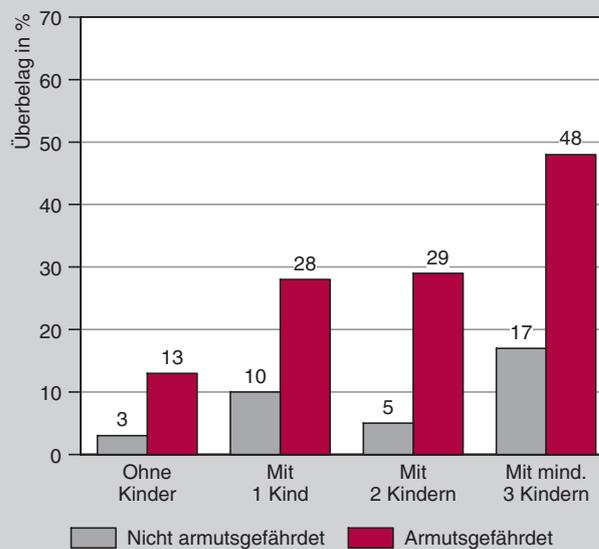
Grafik 5



Q: EU-SILC 2007. - Nur Personen in Mehrpersonenhaushalten.

Überbelag in Mehrpersonenhaushalten nach Haushaltstyp

Grafik 6



Q: EU-SILC 2007. - Nur Personen in Mehrpersonenhaushalten.

Laut EU-SILC leben lediglich 2% der Bevölkerung (127.000 Personen) in einer Wohnung ohne WC.¹¹⁾ Weitere rund 106.000 Personen, die mindestens Wasseranschluss und WC in der Wohnung haben, geben an, dass angemessene sanitäre Anlagen nicht vorhanden sind.¹²⁾

¹¹⁾ Laut Mikrozensus 2007 fehlt das WC in 1,9% der Hauptwohnsitz-Wohnungen in Österreich. In Wien liegt der Anteil mit 5,6% deutlich höher: „Wohnen 2007“ S. 25.

¹²⁾ Unter Angemessenheit wird verstanden, inwiefern die sanitären Anlagen bzw. die Elektroinstallationen in Bezug auf den generellen Zustand,

Adäquate Elektroinstallationen fehlen in den Wohnungen von 2% der Befragten. **Ausstattungs-mängel** häufen sich generell bei armutsgefährdeten Personen und besonders in Großstädten.

Wesentlich für die Wohnqualität sind auch die in der Wohnung gegebenen **klimatischen Bedingungen**. Die

die Benutzbarkeit und Sicherheit die Anforderungen des Haushalts erfüllen.

Personen nach Ausstattung der Wohnung, Gemeindegröße und Armutsgefährdung

Tabelle 6



Ausstattung der Wohnung	Personen insgesamt *)				Wien und Städte >100.000		Kleinere Städte u. Gemeinden	
	zusammen		Nicht armutsgefährdet	Armutsgefährdet	Nicht armutsgefährdet	Armutsgefährdet	Nicht armutsgefährdet	Armutsgefährdet
	in 1.000	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %
Fehlen von ...								
WC	127	2	1	7	2	12	1	4
Dusche oder Badewanne	87	1	1	4	(0)	5	1	3
Badezimmer	278	3	2	12	6	24	1	4
angemessenen sanitären Anlagen	106	1	1	4	3	11	1	3
angemessenen Elektroinstallationen	185	2	2	6	3	11	1	3
Möglichkeit, Wohnung im Winter angenehm warm zu halten	225	3	2	7	3	14	2	3
Möglichkeit, Wohnung im Sommer angenehm kühl zu halten	1.491	18	31	18	25	37	14	19
Vorhandensein von ...								
Balkon oder Loggia	4.586	56	58	42	47	29	62	50
Terrasse	3.749	46	48	27	19	4	59	41
eigenem Garten	5.337	65	67	49	28	14	82	71
Garagen- oder Abstellplatz	5.624	69	71	49	33	9	85	73
Ferien- oder Wochenendhaus	460	6	6	3	14	3	3	3
Zweitwohnsitz zu anderen Zwecken	381	5	5	4	6	5	4	3

Q: EU-SILC 2007. - *) Personen in Privathaushalten. Bei allen Haushalts- und Wohnungsmerkmalen beziehen sich die Werte immer auf die Zahl der Personen in Haushalten. - Zahlen in Klammern beruhen auf geringen Fallzahlen: Sind in der Randverteilung weniger als 50 oder in der Zelle weniger als 20 Fälle vorhanden, wird geklammert. Zahlen mit einer Randverteilung von weniger als 20 werden nicht ausgewiesen. -

Frage „Ist es Ihnen möglich, Ihre Wohnung angenehm warm zu halten?“ mussten 7% der armutsgefährdeten Personen verneinen, in Wien und den anderen Großstädten 14%.¹³⁾ Im Rahmen des Wohnmoduls 2007 wurde (auch wegen der europaweiten Erhebung) nach der Möglichkeit gefragt, ob die Wohnung im Sommer angenehm kühl gehalten werden kann. Trotz des eher gemäßigten Klimas in Österreich ist diese Möglichkeit für 18% der Personen nicht gegeben. Auch hiervon sind in Großstädten lebende armutsgefährdete Personen häufiger betroffen (37%), aber auch 25% der nicht armutsgefährdeten Personen geben das als Problem an; in den Kleinstädten und -gemeinden wird es von 19% bzw. 14% genannt.

Einen **Balkon oder eine Loggia** haben 56% der Personen. Auch in den größeren Städten liegt dieser Anteil für nicht armutsgefährdete Personen bei 47%. Allerdings verfügen nur 29% der armutsgefährdeten Menschen in Großstädten über einen Balkon oder eine Loggia. Insgesamt haben 46% der Personen eine Wohnung mit Terrasse. In den größeren Städten sind es 19% der nicht armutsgefährdeten und 4% der armutsgefährdeten Personen.

Einen eigenen **Garten** haben 28% der nicht armutsgefährdeten Personen in den größeren Städten und 82% in kleineren Städten und Gemeinden. Für Armutsgefährdete liegt dieser Anteil jeweils um mehr als zehn Prozentpunkte darunter.

69% der Bevölkerung haben eine **Garage** oder einen zur Wohnung gehörigen **Abstellplatz**. Wieder liegt dieser Wert für Armutsgefährdete je nach Region um zwölf bis 24 Prozentpunkte unter jenem der nicht armutsgefährdeten Bevölkerung.

¹³⁾ Diese Frage bezieht sich auf die technische Ausstattung der Wohnung. Die alljährlich im Rahmen von EU-SILC gestellte Frage, ob es sich der Haushalt leisten kann, die gesamte Wohnung angemessen warm zu halten, betont jedoch stärker den finanziellen Aspekt. Auf diese Frage geben 9% der armutsgefährdeten Personen an, dass sie finanziell nicht dazu in der Lage sind.

Ein **Ferien- oder Wochenendhaus** haben insgesamt 6% der Bevölkerung. Bei Armutsgefährdeten ist dieser Anteil nur halb so groß. Nur 3% der armutsgefährdeten, aber immerhin 14% der nicht armutsgefährdeten Großstadtbevölkerung hat einen solchen Rückzugsort (wobei es sich hier auch nur um Schrebergartenhäuser, die auch ererbt sein können, handeln kann). *Tabelle 7* zeigt, dass im untersten Einkommensbereich Ferienhäuser sehr selten sind und dass diese erst bei den oberen Einkommensgruppen häufiger zu finden sind.

Ausstattung der Mehrwohnungsbauten

Laut EU-SILC 2007 leben rund 3,5 Mio. Personen (42%) in Österreich in Mehrwohnungsbauten (*Tabelle 8*). Bei diesen Bauten lassen sich Unterschiede nach Bauperioden, Verdichtungsdichte und damit mehr oder weniger Grünraum sowie in der Ausstattung mit Aufzügen und Gemeinschaftsräumen¹⁴⁾ erkennen.

Vor allem im urbanen Bereich sind die meisten Mehrwohnungsbauten auch mehrgeschossig; die Notwendigkeit eines Aufzugs für einen Haushalt ist stark von der Geschosslage der Wohnung abhängig. Insgesamt rund 39% der Bewohner von Mehrwohnungsbauten haben einen Aufzug im Haus. Da der Anteil der älteren Personen in den Städten etwas höher liegt, dort Geschosswohnbauten überwiegen, haben ältere Personen etwas häufiger Aufzüge zur Verfügung. Von Personen ohne EU-/EFTA-Staatsbürgerschaft haben nur 29% einen Aufzug im Haus. Personen ohne EU-/EFTA-Staatsbürgerschaft haben auch selten Gemeinschaftsräume in ihren Wohnhäusern, ebenso unterdurchschnittlich sind die Anteile von Abstellräumen, Grünflächen und Spielplätzen.

Personen mit Matura oder Universität, die in Mehrwohnungsbauten wohnen, haben fast zu 50% einen Aufzug, bei den übrigen Ausstattungsmerkmalen sind sie nicht begünstigt. Ein Drittel der Personen in Mehrpersonenhaushalten mit ein bis zwei Kindern hat einen Aufzug zur Verfügung, bei drei und mehr Kindern sogar 47%. Mit Kinderspielplätzen sind die Gebäude, in denen Mehrpersonenhaushalte mit zwei oder mehr Kindern wohnen, eher überdurchschnittlich ausgestattet.

Unterdurchschnittliche Ausstattung der Häuser findet sich bei arbeitslosen Personen und bei Hilfsarbeitern in allen oben genannten Ausstattungsmerkmalen. Facharbeiter wohnen überdurchschnittlich häufig in Häusern mit Gemeinschaftsabstellraum, Grünfläche und Spielplatz. Dies trifft für Personen mit höherer oder hochqualifizierter Tätigkeit nur in Bezug auf einen Aufzug und einen Gemeinschaftsraum im Gebäude zu.

¹⁴⁾ Als Beispiele für Gemeinschaftsräume wurden im Interview „Räume für Feste, Tischtennis ...“ genannt.

Zweitwohnsitze nach Haushaltseinkommen

Tabelle 7



Einkommensklasse ¹⁾	Ferien- oder Wochenendhaus		Zweitwohnung zu anderen Zwecken	
	Haushalte in 1.000	in %	Haushalte in 1.000	in %
Privathaushalte insgesamt	204	6	170	5
Unterstes Einkommenszehntel	(7)	(2)	13	4
Unterstes Einkommensviertel	16	2	24	3
2. Einkommensviertel	42	5	34	4
3. Einkommensviertel	52	6	40	5
Oberstes Einkommensviertel	94	11	72	8
Oberstes Einkommenszehntel	49	14	36	10

Q: EU-SILC 2007. - Zahlen in Klammern beruhen auf geringen Fallzahlen: Sind in der Randverteilung weniger als 50 oder in der Zelle weniger als 20 Fälle vorhanden, wird geklammert. Zahlen mit einer Randverteilung von weniger als 20 werden nicht ausgewiesen. - 1) Die Einkommensklassen sind nach Dezilen bzw. Quartilen des äquivalierten Haushaltseinkommens definiert; jede Klasse umfasst 10% bzw. 25% der Haushalte.

Personen in Mehrwohnungsbauten nach Ausstattung und soziodemographischen Merkmalen

Tabelle 8



Soziodemographische Merkmale *)	Ins-gesamt (=100%)	Aufzug		Gemein-schaftsraum		Gemeinschafts-abstellraum		Begehbare Grünfläche		Kinder-spielplatz	
	in 1.000	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %
Personen insgesamt *)	3.459	1.349	39	502	14	2.234	65	2.230	64	1.611	47
Alter und Geschlecht											
Männer zusammen	1.640	622	38	231	14	1.041	63	1.046	64	760	46
Bis 19 Jahre	375	137	37	54	14	236	63	255	68	202	54
20 bis 39 Jahre	505	189	38	71	14	329	65	314	62	227	45
40 bis 64 Jahre	581	212	36	83	14	355	61	362	62	255	44
65 Jahre und älter	179	84	47	24	14	121	68	116	65	75	42
Frauen zusammen	1.819	727	40	270	15	1.193	66	1.184	65	851	47
Bis 19 Jahre	360	134	37	65	18	239	66	247	69	195	54
20 bis 39 Jahre	563	226	40	81	14	373	66	354	63	244	43
40 bis 64 Jahre	613	233	38	92	15	403	66	404	66	298	49
65 Jahre und älter	283	134	47	33	12	178	63	178	63	115	41
Gemeindegrößenklasse nach Einwohnerzahl (EW)											
Wien	1.452	850	59	275	19	769	53	664	46	507	35
Gemeinden mit mehr als 100.000 EW	598	249	42	51	8	411	69	438	73	299	50
Gemeinden mit mehr als 10.000 EW	639	180	28	82	13	517	81	509	80	382	60
Gemeinden mit weniger als 10.000 EW	770	70	9	94	12	537	70	618	80	424	55
Staatsbürgerschaft											
Österreich	2.793	1.129	40	428	15	1.871	67	1.903	68	1.399	50
dar. eingebürgert (Nicht EU/EFTA)	213	89	42	24	11	119	56	115	54	80	37
Nicht Österreich	666	220	33	73	11	363	54	326	49	212	32
davon EU/EFTA	184	79	43	29	16	121	66	95	52	65	36
davon sonstiges Ausland	482	141	29	45	9	242	50	232	48	147	30
Höchster Bildungsabschluss ¹⁾											
Maximal Pflichtschule	690	222	32	74	11	390	56	410	59	275	40
Lehre/mittlere Schule	1.264	472	37	187	15	861	68	878	69	626	50
Matura	572	260	45	99	17	393	69	348	61	255	45
Universität	348	169	49	46	13	207	60	183	53	126	36
Haushalte mit Kindern (ohne Pension)											
Zusammen	1.563	567	36	249	16	1.012	65	1.061	68	820	52
Ein-Eltern-Haushalte	232	87	37	30	13	149	64	157	68	131	56
Mehrpersonenhaushalte mit 1 Kind	582	195	34	94	16	382	66	384	66	271	47
Mehrpersonenhaushalte mit 2 Kindern	488	163	33	75	15	324	67	348	71	269	55
Mehrpersonenhaushalte mit 3 u.m. Kindern	261	121	47	50	19	156	60	171	66	150	57
Haupttätigkeit ¹⁾											
Erwerbstätig	1.517	570	38	247	16	993	65	972	64	712	47
davon Vollzeit	1.238	479	39	206	17	812	66	798	64	586	47
davon Teilzeit	279	91	33	41	15	181	65	174	62	126	45
Pension	695	314	45	85	12	462	67	455	66	305	44
Arbeitslos	206	67	32	(11)	(5)	108	52	115	56	70	34
Haushalt	265	93	35	35	13	167	63	168	63	128	48
In Ausbildung	192	79	41	27	14	120	63	110	58	68	35
Berufliche Stellung											
Personen im Erwerbsalter zusammen	2.263	861	38	326	14	1.461	65	1.434	63	1.024	45
Nicht erwerbstätig	784	293	37	83	11	488	62	487	62	329	42
Hilfsarbeit	400	126	32	46	11	245	61	239	60	173	43
Facharbeit	305	104	34	47	15	214	70	218	72	166	54
Mittlere Tätigkeit, Meister	291	124	42	57	20	206	71	202	69	153	53
Höhere Tätigkeit	214	101	47	48	22	150	70	138	64	101	47
Hochqualifizierte Tätigkeit	132	59	45	26	20	85	65	80	61	57	43
Selbständige	136	54	40	19	14	73	53	70	51	43	32

Q: EU-SILC 2007. - *) Personen, die in Mehrwohnungsbauten leben. Bei allen Haushalts- und Gebäudemerkmalen beziehen sich die Werte immer auf die Zahl der Personen in Haushalten. - 1) Nur Personen ab 16 Jahren. - Zahlen in Klammern beruhen auf geringen Fallzahlen: Sind in der Randverteilung weniger als 50 oder in der Zelle weniger als 20 Fälle vorhanden, wird geklammert. Zahlen mit einer Randverteilungen von weniger als 20 werden nicht ausgewiesen.

Von allen Personen in Mehrwohnungsbauten sind über 500.000 armutsgefährdet. Die Ausstattung der Gebäude ist für Armutsgefährdete in der Regel schlechter, insbesondere in Altbauten (Tabelle 9).

Die bewohnerfreundliche Ausstattung der größeren Wohnhausanlagen nahm nach der Wiederaufbauphase ab den

1960er-Jahren deutlich zu. Da 66% der nicht armutsgefährdeten Personen in diesen jüngeren Bauten leben, jedoch nur 44% der armutsgefährdeten Personen, sind letztere auch in Bezug auf diese Merkmale der nächsten Wohnumgebung benachteiligt. Auffallend ist aber auch das stärkere Auseinanderklaffen um jeweils einige Prozentpunkte bei den Bauten, die ab 1981 errichtet wurden: Z.B. haben Armutsgefähr-

Personen in Mehrwohnungsbauten nach Ausstattung, Bauperiode und Armutsgefährdung

Tabelle 9



Armutsgefährdung, Bauperiode der Wohnbauten	Insgesamt (=100%)	Aufzug		Gemeinschafts- raum		Gemeinschafts- abstellraum		Begehbare Grünfläche		Kinderspielplatz	
		in 1.000	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000
Personen insgesamt *)	3.459	1.349	39	502	14	2.234	65	2.230	64	1.611	47
Nicht armutsgefährdet	2.924	1.166	40	454	16	1.957	67	1.936	66	1.433	49
Armutsgefährdet	535	183	34	47	9	277	52	294	55	178	33
Bauperiode der Wohnbauten ...											
Vor 1919											
Nicht armutsgefährdet	427	108	25	13	3	117	28	128	30	53	12
Armutsgefährdet	123	19	16	2	1	28	23	33	27	10	9
1919-1960											
Nicht armutsgefährdet	572	180	32	23	4	266	47	342	60	187	33
Armutsgefährdet	174	60	35	3	2	68	39	93	53	42	24
1961-1980											
Nicht armutsgefährdet	882	470	53	158	18	673	76	628	71	432	49
Armutsgefährdet	124	63	51	22	18	92	74	86	69	58	47
Ab 1981											
Nicht armutsgefährdet	1.044	408	39	260	25	900	86	839	80	760	73
Armutsgefährdet	114	41	36	21	18	89	78	82	72	67	59

Q: EU-SILC 2007. - *) Personen in Privathaushalten, die in Mehrwohnungsbauten leben. Die Werte beziehen sich auf die Zahl der Personen in Haushalten.

dete um 8 Prozentpunkte weniger Gemeinschaftsabstellräume bzw. begehbare Grünflächen und um 14 Prozentpunkte weniger Kinderspielplätze.

Erreichbarkeit von Infrastruktureinrichtungen

Wohnumgebungen und Gemeinden unterscheiden sich in ihrer Ausstattung mit Ressourcen. Die räumliche Verteilung von Ressourcen ist eine Dimension sozialer Ungleichheit. Das EU-SILC-Modul 2007 betrachtet diese Tatsache aus dem Blickwinkel der einzelnen Haushalte und fragt nach der Erreichbarkeit wichtiger infrastruktureller Einrichtungen.¹⁵⁾ Es wurde somit nicht nach einem objektiven Maß von Distanz und Zugänglichkeit gefragt, sondern nach der subjektiven Einschätzung der Erreichbarkeit von Infrastruktureinrichtungen, die Haushalte tatsächlich nutzen. Die subjektive Einschätzung der Verfügbarkeit wichtiger Ressourcen ist nicht nur über das Vorhandensein der Ressourcen in einer bestimmten räumlichen Entfernung bestimmt, sondern auch von der Mobilität der Haushaltsmitglieder abhängig. Benachteiligung bei der Verfügbarkeit wichtiger Ressourcen kann somit zwei Gründe haben: Einerseits leben benachteiligte Menschen in benachteiligten Räumen und andererseits sind sie in ihrer Mobilität eingeschränkt.

Tabelle 10 reiht die Infrastruktureinrichtungen von bester zu schlechtester Erreichbarkeit für sämtliche Personen: Kaffee-/ Gasthaus, Lebensmittelgeschäft, Bank und praktischer Arzt sind generell für weniger als ein Fünftel der Personen schwer erreichbar. Öffentliche Verkehrsmittel, Postdienstleistungen, Apotheke und öffentliche Parks sind für bis zu einem Viertel der Personen schwer erreichbar. Für einen deutlich grö-

¹⁵⁾ Daten zur Erreichbarkeit von Infrastruktureinrichtungen wurden von der amtlichen Statistik in Österreich viele Jahre nicht mehr erhoben. Die letzte Veröffentlichung hiezu erfolgte in den Statistischen Nachrichten Heft 10/1993, S. 853 ff., auf Basis des Begleitprogramms zur damaligen Zeitverwendungserhebung.

ßeren Anteil der Bevölkerung sind eine Polizeidienststelle (30%), Kultur- und Freizeiteinrichtungen (31%) und insbesondere ein Krankenhaus (44%) schwierig zu erreichen. In armutsgefährdeten Haushalten wird die Erreichbarkeit aller Infrastruktureinrichtungen mit Ausnahme von öffentlichen Verkehrsmitteln und öffentlichen Parks etwas schlechter eingeschätzt. Besonders stark ausgeprägt ist der Unterschied in der Erreichbarkeit von Lebensmittelgeschäften: 17% der nicht Armutsgefährdeten und 23% der Armutsgefährdeten geben eine schwierige Erreichbarkeit an.

Eine differenzierte Betrachtung nach der Einwohnerzahl der Region zeigt, dass Schwierigkeiten im Zugang zu Infrastruktureinrichtungen mit der Besiedlungsdichte der Region abnehmen. Während sich zwischen Wien und anderen Städten über 100.000 Einw. nur moderate Unterschiede für einzelne Einrichtungen ausmachen lassen, ist die Erreichbarkeit für einen Großteil der Einrichtungen in kleineren Städten für einen etwas höheren Anteil und in ländlichen Gemeinden mit höchstens 10.000 Einw. für einen weitaus höheren An-

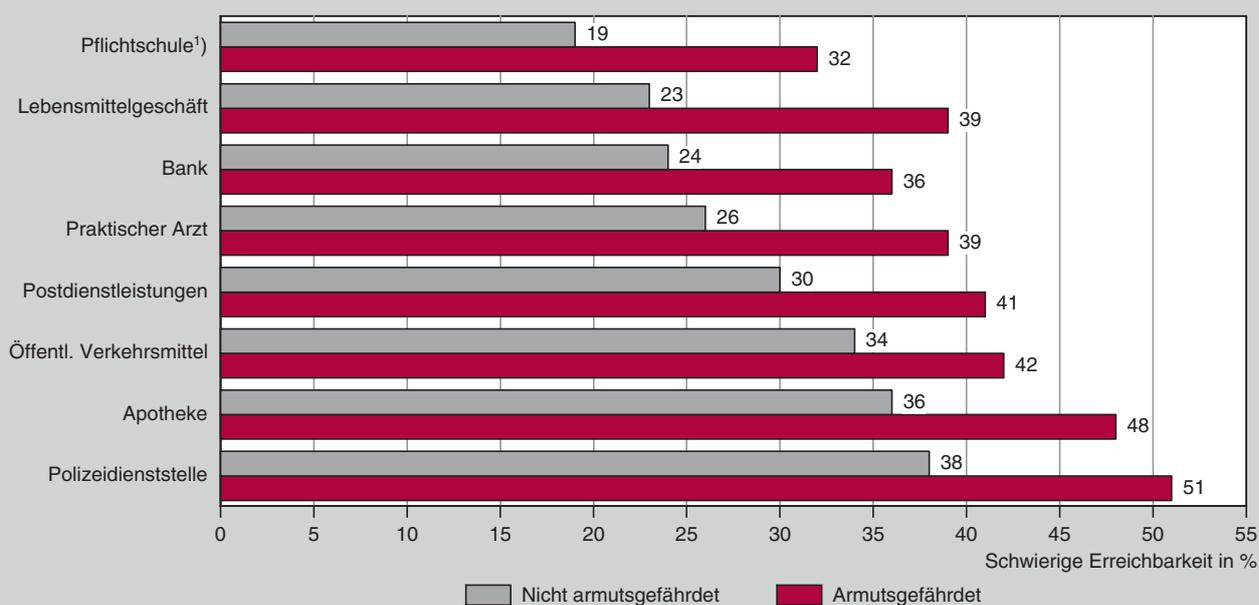
Schwierige Erreichbarkeit von Infrastruktureinrichtungen

Tabelle 10



Infrastruktureinrichtungen	Personen insgesamt *)		Nicht armutsgefährdet	Armutsgefährdet
	in 1.000	in %	in %	in %
Kaffeehaus, Gasthaus	1.021	13	13	15
Lebensmittelgeschäft	1.419	17	17	23
Bank	1.560	19	19	23
Praktischer Arzt	1.586	19	19	24
Öffentl. Verkehrsmittel	1.758	22	22	22
Postdienstleistungen	1.984	24	24	28
Apotheke	2.029	25	24	27
Öffentlicher Park	1.556	25	25	25
Polizeidienststelle	2.407	30	30	33
Kultur-, Freizeiteinrichtungen	2.340	31	30	34
Krankenhaus	3.625	44	44	46

Q: EU-SILC 2007. - 1) Personen in Privathaushalten, die angaben, die betreffende Infrastruktur zu nutzen. - Antwortkategorien „sehr schwierig“ und „etwas schwierig“ zusammen.



Q: EU-SILC 2007. - Personen in Privathaushalten, die angaben, die betreffende Infrastruktur zu nutzen. - Antwortkategorien "sehr schwierig" und "etwas schwierig" zusammen. - 1) Nur Personen in Haushalten mit Kindern, die eine Pflichtschule besuchen. - Ländlicher Raum: Gemeinden mit weniger als 10.000 Einwohnern.

teil der Befragten schwierig. In Ballungsräumen und auch in kleineren Städten lassen sich keine systematischen Unterschiede nach Armutsgefährdung feststellen. Der generelle Unterschied zwischen armutsgefährdeten und nicht armutsgefährdeten Personen resultiert zum Großteil aus dem markanten Unterschied in den ländlichen Gemeinden (Grafik 7). Darin spiegeln sich die größeren Entfernungen zu Infrastruktureinrichtungen im ländlichen Raum wider. Die geringere Dichte von Infrastruktureinrichtungen im ländlichen Raum stellt höhere Mobilitätsanforderungen. Oft ist man auf den Besitz eines Pkws angewiesen, der wiederum mit finanziellen Ressourcen in Zusammenhang steht.

Wohnprobleme

Wohnprobleme nach soziodemographischen Merkmalen

Fragen über Wohnprobleme und Probleme im Wohnumfeld zählen zu den alljährlich für EU-SILC erhobenen Inhalten. Mit dem Modul 2007 kann der übliche Katalog durch eine Frage nach Problemen mit Ungeziefer und Schädlingen ergänzt werden (Tabelle 11).

Ein Fünftel der Personen fühlt sich in der Wohnumgebung durch Lärm beeinträchtigt, 11% durch Kriminalität und Vandalismus, 8% durch Luft- und Umweltverschmutzung, 9% haben in ihrer Wohnung Probleme mit Feuchtigkeit und Schimmelbildung, 6% mit zu dunklen Räumen. Probleme mit Ungeziefer werden hingegen nur von 3% genannt. Zeitgemäße sanitäre Anlagen stehen 2% der Bevölkerung nicht zur Verfügung.

Wohn- und Wohnumfeldprobleme sind in Wien am häufigsten und nehmen mit fallender **Gemeindegröße** ab. Von Lärm sind in Wien 28%, von Luft- und Umweltverschmutzung 17% betroffen. Probleme mit zu dunklen Räumen kennt in Wien und anderen größeren Städten knapp jede zehnte Person. Zeitgemäße sanitäre Anlagen fehlen in Wien für 5% der Bevölkerung. Personen ohne EU-/EFTA-Staatsbürgerschaft müssen überdurchschnittlich häufig (8%) auf Bad oder WC in der Wohnung verzichten.

Wohnprobleme nach Rechtsverhältnis an der Wohnung

Mietwohnungen befinden sich überwiegend in den Städten. Ihre Bewohner und Bewohnerinnen sind daher überdurchschnittlich von Lärm (zwischen 30% und 26%) und Umweltverschmutzung (11% bis 17%) betroffen. Eigentumswohnungen befinden sich hingegen öfter in kleineren Gemeinden bzw. begünstigten städtischen Lagen, weshalb Lärmprobleme sowie Luft- und Umweltverschmutzung hier etwas seltener angegeben werden.

„Feuchtigkeit, Schimmel“ wird überdurchschnittlich oft bei Personen in Gemeindewohnungen (13%) und sonstiger Haupt- oder Untermiete (14%) angegeben. Auch Kriminalität und Vandalismus wird hier öfter genannt. Bewohner von Gemeindewohnungen (25%) klagen öfter über Probleme als Personen in sonstiger Haupt- oder Untermiete (13%) sowie Genossenschaftswohnungen (19%). Etwa 5% der Personen, die in sonstigen Mietwohnungen leben, verfügen über kein Bad oder WC, was in den Gemeindewohnungen kaum mehr vorkommt. Mieter und Mieterinnen sonstiger Mietwohnun-

Tabelle 11



Wohnprobleme nach soziodemographischen Merkmalen

Soziodemographische Merkmale *)	Ins-gesamt (=100%)		Lärm		Feuchtigkeit, Schimmel		Kriminalität, Vandalismus		Luft-, Umweltverschmutzung		Kein Bad/WC		Dunkle Räume		Ungeziefer	
	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %
Personen insgesamt *)	8.214	1.629	20	775	9	939	11	654	8	150	2	468	6	268	3	
Alter und Geschlecht																
Männer zusammen	4.008	776	19	373	9	431	11	299	7	74	2	237	6	132	3	
Bis 19 Jahre	938	183	20	109	12	100	11	71	8	14	2	61	7	36	4	
20 bis 39 Jahre	1.060	195	18	113	11	112	11	75	7	24	2	71	7	33	3	
40 bis 64 Jahre	1.448	286	20	117	8	168	12	112	8	25	2	86	6	47	3	
65 Jahre und älter	563	112	20	35	6	51	9	41	7	11	2	19	3	15	3	
Frauen zusammen	4.206	853	20	402	10	508	12	355	8	76	2	231	5	137	3	
Bis 19 Jahre	872	172	20	94	11	107	12	70	8	13	1	48	5	38	4	
20 bis 39 Jahre	1.091	246	23	137	13	139	13	104	10	18	2	73	7	42	4	
40 bis 64 Jahre	1.452	294	20	112	8	176	12	124	9	23	2	75	5	39	3	
65 Jahre und älter	791	141	18	59	8	86	11	56	7	22	3	36	5	17	2	
Gemeindegrößenklasse nach Einwohnerzahl (EW)																
Wien	1.591	440	28	164	10	378	24	263	17	82	5	144	9	69	4	
Gemeinden mit mehr als 100.000 EW	738	179	24	90	12	136	18	91	12	(8)	(1)	68	9	38	5	
Gemeinden mit mehr als 10.000 EW	1.319	287	22	123	9	159	12	114	9	17	1	68	5	30	2	
Gemeinden mit weniger als 10.000 EW	4.566	723	16	398	9	265	6	186	4	43	1	187	4	131	3	
Staatsbürgerschaft																
Österreich	7.328	1.400	19	643	9	843	12	556	8	100	1	389	5	215	3	
dar. eingebürgert (Nicht EU/EFTA)	255	92	36	25	10	46	18	43	17	14	6	31	12	(9)	(4)	
Nicht Österreich	887	230	26	133	15	96	11	98	11	50	6	79	9	54	6	
davon EU/EFTA	293	79	27	29	10	35	12	40	14	(5)	(2)	20	7	15	5	
davon sonstiges Ausland	593	150	25	103	17	61	10	58	10	45	8	59	10	39	7	
Haushalte mit Pension																
Zusammen	1.637	341	21	106	7	199	12	142	9	41	3	67	4	38	2	
Alleinlebend männlich	125	26	21	(10)	(8)	(9)	(7)	(8)	(7)	(6)	(5)	(6)	(5)	(3)	(3)	
Alleinlebend weiblich	428	82	19	30	7	63	15	38	9	20	5	20	5	(7)	(2)	
Mehrpersonenhaushalte	1.085	232	21	66	6	126	12	96	9	15	1	41	4	28	3	
Haushalte ohne Pension																
Zusammen	6.577	1.289	20	669	10	740	11	512	8	109	2	401	6	230	4	
Alleinlebend männlich	398	88	22	33	8	47	12	31	8	17	4	35	9	(11)	(3)	
Alleinlebend weiblich	289	71	24	34	12	44	15	34	12	(9)	(3)	25	9	(8)	(3)	
Mehrpersonenhaushalte ohne Kinder	1.920	376	20	180	9	181	9	140	7	36	2	95	5	44	2	
Haushalte mit Kindern (ohne Pension)																
Zusammen	3.970	754	19	422	11	468	12	307	8	46	1	245	6	167	4	
Ein-Eltern-Haushalte	338	94	28	51	15	56	17	46	13	(3)	(1)	26	8	14	4	
Mehrpersonenhaushalt mit 1 Kind	1.382	264	19	124	9	176	13	85	6	(9)	(1)	71	5	60	4	
Mehrpersonenhaushalt mit 2 Kindern	1.512	257	17	138	9	152	10	111	7	17	1	102	7	40	3	
Mehrpersonenhaushalt mit 3 u.m. Kindern	737	139	19	109	15	84	11	65	9	(18)	(2)	47	6	53	7	
Rechtsverhältnis an der Wohnung																
Hauseigentum	4.032	615	15	319	8	283	7	184	5	30	1	141	4	114	3	
Wohnungseigentum	832	161	19	67	8	113	14	71	9	(9)	(1)	44	5	23	3	
Gemeindewohnung	527	160	30	71	13	129	25	92	17	(4)	(1)	38	7	23	4	
Genossenschaftswohnung ¹⁾	993	254	26	94	9	188	19	127	13	(5)	(1)	60	6	18	2	
Sonst. Haupt-/Untermiete	1.361	363	27	186	14	181	13	156	11	88	6	154	11	73	5	
Mietfreie Wohnung/Haus	469	77	16	38	8	45	10	24	5	14	3	31	7	17	4	

Q: EU-SILC 2007. - *) Personen in Privathaushalten. Bei allen Haushalts- und Wohnungsmerkmalen beziehen sich die Werte immer auf die Zahl der Personen in Haushalten. - 1) Inkl. Mietwohnungen gemeinnütziger Bauvereinigungen.
- Zahlen in Klammern beruhen auf geringen Fallzahlen: Sind in der Randverteilung weniger als 50 oder in der Zelle weniger als 20 Fälle vorhanden, wird geklammert. Zahlen, die auf Randverteilungen <20 beruhen, werden nicht ausgewiesen. -

gen sind zudem am häufigsten mit dunklen Räumen (11%) und Problemen mit Ungeziefer (5%) konfrontiert.

Definitionen aus EU-SILC

Äquivalenzeinkommen: Das Haushaltseinkommen umfasst sämtliche Formen des Einkommens zuzüglich Sozialtransfers abzüglich Steuern und Sozialversicherungsbeiträge. Die Nettobeträge der Einkommen aller Personen im Haushalt werden über das ganze Jahr summiert. Das äquivalisierte Einkommen (bedarfsgewichtetes Pro-Kopf-Einkommen)

gilt als Maßzahl für den Lebensstandard eines Haushalts und wird nach der EU-Skala berechnet. Das insgesamt verfügbare Haushaltseinkommen wird dabei durch die Summe der Äquivalenzgewichte im Haushalt dividiert. Jede erwachsene Person wird mit dem Wert 0,5 und Kinder unter 14 Jahren mit 0,3 gewichtet. Zusätzlich wird ein Wert von 0,5 für den Grundbedarf jedes Haushalts hinzugezählt.

Haupteinkommensquelle des Haushalts: Die Einkommensquelle, die den größten Beitrag zum Haushaltseinkommen leistet.

Einkommen aus unselbständiger Arbeit: inkl. Gelegenheitsarbeit, Trinkgelder, Sonderzahlungen und Zulagen (Abfertigungen, Urlaubsschädigungen, Abfindungen, Familienzulagen, Mitarbeiterbeteiligungen, Überstundenzahlungen, Provisionen, Prämien, Leistungen und sonstige Zulagen).

Einkommen aus selbständiger Arbeit: Werkvertrags- und Freie Dienstnehmer/-innen, Freiberufler/-innen, Landwirte und Landwirtinnen, Gewerbetreibende (inkl. Entnahmen und Deputate vor Steuern und Abgaben).

Altersleistungen (= Pensionen): Leistungen für Personen im Pensionsalter (Frauen 60, Männer 65 Jahre); neben Eigen- und Hinterbliebenenpensionen auch Unfallrente, Invaliditätspension und Pflegegeld, wenn das Pensionsalter erreicht ist.

Sozialleistungen: Familienleistungen (Familienbeihilfe, Wochengeld, Kinderbetreuungsgeld, staatl. Unterhaltsvorschüsse), Arbeitslosenleistungen (Arbeitslosengeld, Notstandshilfe, Altersteilzeit - Betrag vom AMS, Leistung zur Deckung des Lebensunterhalts, Vorzeitige Alterspension wegen Arbeitslosigkeit, andere Arbeitslosenleistungen), Gesundheitsleistungen (Krankengeld; Unfallrente, Pflegegeld, Invaliditätspension von Personen unterhalb des Pensionsalters; sonstige Unfall- und Krankenleistungen), Bildungsleistungen (Stipendien und Studienbeihilfen, Studiengebührenrückerstattung, sonstige Bildungsleistungen), Wohnbeihilfen und Sozialhilfe. Außerdem Unfallrente, Invaliditätspension, Hinterbliebenenpension und Pflegegeld vor Erreichen des gesetzlichen Pensionsalters.

Überbelag: Orientiert sich am Kriterium der Gemeinde Wien bei der Vergabe von Gemeindewohnungen. Als überbelegt zählt ein Haushalt, wenn die Wohnfläche weniger als 16 m² beträgt, im Mittel weniger als 8 m² pro Wohnraum zur Verfügung stehen oder die Anzahl der Wohnräume im Verhältnis zur Zahl der Personen im Haushalt zu gering ist (weniger als zwei Räume für zwei Personen, weniger als drei Räume für drei oder vier Personen, weniger als vier Räume für fünf oder sechs Personen, weniger als fünf Räume für sieben oder acht Personen, weniger als sechs Räume für mehr als acht Personen).

Wohnkosten: Kosten pro Jahr (Miete, Betriebskosten, Hypothekarzinsbelastung, Heizung, Energie, Instandhaltung) für alle Rechtsverhältnisse.

Zahl der Wohnräume: Ein Wohnraum muss mindestens 4 m² groß und mehr als 2 m hoch sowie (auch) von innen begehbar und in bewohnbarem Zustand sein. Nicht als Wohnraum zählen: Küche, WC, Bad, Gang, Abstellraum, nicht ausgebaute Kellerräume (z.B. Werkstatt, Abstellraum, Waschküche, Garage), nicht ausgebaute Dachböden (z.B. Abstellraum). Eine Kombination aus Küche und Wohnraum gilt als ein Raum. Die Behandlung der Küche im Rahmen von EU-SILC weicht von der Behandlung durch den Mikrozensus ab, da bei dessen Auswertungen Küchen ab 4 m² auch als Wohnraum gezählt werden.

Möglichkeit, die Wohnung im Sommer angemessen kühl zu halten: „Möglichkeit“ bezieht sich nicht auf die finanzielle Leistbarkeit, sondern auf die baulichen Gegebenheiten des Hauses bzw. der Wohnung.

Summary

The special module of EU-SILC 2007, the Statistics on Income and Living Conditions, addressed the housing. Thus the relationship of risk-of-poverty and housing situation can be examined. Households below the risk-of-poverty threshold frequently live in rented dwellings in apartment buildings in larger towns. 18 per cent of the population has housing costs which are higher than one quarter of their household income. This share is still higher for unemployed persons, for one-parent-households and for persons at risk-of-poverty. The latter have not more than 31 m² of useful floor space per person compared to 36 m² in the general population. Non-EU/EFTA citizens have 19 m² per person, those of them who are at risk-of-poverty only have 16 m². 14 per cent of persons at risk-of-poverty in larger towns do not have the possibilities to keep their dwellings adequately warm in winter.

The accessibility of infrastructural facilities is another dimension of discrimination related to housing. In rural regions people, particularly those at risk-of-poverty, report considerable difficulties to reach necessary infrastructural facilities.